

wurden Bestseller und in mehrere Sprachen übersetzt. Auf Begehren russischer Wissenschaftler kam 1994 der Petkau-Effekt auch auf Russisch auf den Bücher-

markt. Die Bücher von Ralph Graeb sind heute auch im Internet-Buchhandel unter <http://www.amazon.de> erhältlich. ●

Atompolitik

Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortauswahl von Atommüll-Endlagern

Umweltmediation zur Erleichterung politischer Entscheidungen und Vermeidung von Folgekonflikten

Die herkömmliche Form der Öffentlichkeitsbeteiligung benutzt die Öffentlichkeit lediglich als einseitigen Informationslieferanten und erfüllt die ihr vom Rechtssystem zugeordneten weiteren Funktionen der Interessenvertretung, Befriedung, Legitimation, Kontrolle, Verfahrensförderung und des Rechtsschutzes mehr schlecht als recht. Sie ist im Kern konfrontativ angelegt und führt bisweilen sogar zur Verfahrensparalyse. Zu dieser Diagnose gelangen Professor Dr. jur. Hans-Albert Lennartz und Kolleginnen von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG in ihrem im Juni 2004 im Wirtschaftsverlag NW Bremerhaven erschienenen Abschlußbericht „Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“. In Deutschland wird seit 1979 der Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Endlager für abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken und für hochradioaktiven Abfall aus der Wiederaufbereitung erkundet. Nach dem Wechsel der Regierungsverantwortung zu Rot-Grün hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Zweifel an der Eignung dieses Standortes entwickelt und den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) eingerichtet. (Strahlentelex hatte mehrfach ausführlich berichtet.) Dazu war die WIBERA

Wirtschaftsberatung AG vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit der Durchführung eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Beteiligungsverfahren“ beauftragt worden.

Der abschließende Forschungsbericht dazu wird nun präsentiert. Er stellt die Erfahrungen mit nationalen und internationalen Verhandlungs- und Mediationsverfahren im Umweltbereich dar, präsentiert die wichtigsten internationalen Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle auf aktuellem Stand und stellt das von der WIBERA entwickelte Verfahren der Öffentlichkeitsarbeit vor.

Drei grundlegende Strategiemöglichkeiten konstatieren Lennartz und seine Kolleginnen: hierarchische Steuerung, Verhandeln und „Aussitzen“. Wenn aber hierarchische Steuerung als unmöglich eingeschätzt und „Aussitzen“ als verantwortungslos verworfen werde, bleibe nur die Verhandlungsoption. Hierzu gebe es zahlreiche bewährte Methoden: informationsbetonte, entwurfsbetonte und vermittlungsbetonte.

Zwischen der Verbreitung und Eignung von Mediation, so Lennartz und Kolleginnen, und dem jeweiligen Rechtssystem beziehungsweise der Verwaltungskultur bestehe

dabei international betrachtet kein klarer Zusammenhang. In Deutschland werde Umweltmediation bislang fast ausschließlich von der öffentlichen Hand initiiert, beauftragt und finanziert, anzustreben sei aber eine gemeinsame Beauftragung und Finanzierung durch die Konfliktparteien. Es bestehe bei der Mediation zwar eine gewisse politische Versuchung, die Methode im Hinblick auf Akzeptanzbeschaffung oder Verfahrensbeschleunigung zu mißbrauchen, gute MediatorInnen könnten und sollten dem aber entgegenwirken. Probleme bei der Anwendung von Mediation im Umwelt- und Verkehrsbereich habe es bislang im Hinblick auf den hohen erforderlichen Zeitaufwand, die Rückbindung der Repräsentanten innerhalb der Verhandlungsrunden und die Trägheit der Verwaltung gegeben.

Zwar werde durch Mediation selten ein umfassender Konsens in der Hauptstreitfrage erzielt, aber ein höheres Informationsniveau, ein besseres gegenseitiges Verständnis und Teillösungen, stellen Lennartz und Kolleginnen heraus. Ein eventuell verbliebener Rest-Dissens werde auf diese Weise klarer, sachlich fundierter und weniger emotional. Allfällige politische Entscheidungen würden erleichtert und Folgekonflikte vermieden. Es gebe auch Rahmenbedingungen, die erfolgreiche Mediation praktisch von vornherein verhindern: extreme Eskalation, mangelnder Einigungswille, politischer Mißbrauch zur Durchsetzung bestimmter Positionen, Mißbrauch zwecks Abwälzung von politischer Verantwortung und mangelnde Bereitschaft zur Zeitinvestition. Diese Rahmenbedingungen müßten deshalb bei der Entscheidung für oder gegen den Einsatz von Mediation abgeprüft werden. Günstige nationale Rahmenbedingungen für den Einsatz von Umweltmediation seien dagegen Bekanntheit des Verfah-

rens, rechtliche Verankerung, Existenz von Qualitätsstandards und Zertifizierungen sowie eine politische Förderung der Methode. Die Rahmenbedingungen in Deutschland seien insofern noch nicht optimal, aber mittlerweile auch nicht mehr schlecht, finden Lennartz und Kolleginnen.

M. Thieme (Hrsg.), H.-A. Lennartz, Chr. Mussel: Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle – Abschlußbericht, 187 Seiten, Abb., ISBN 3-86509-128-8, BfS-SCHR-30/04, Salzgitter 2004, Wirtschaftsverlag NW Bremerhaven, Euro 17,00. ●

Atomwirtschaft

Fortschritte in Tschernobyl

Strahlentelex hat über den Plan berichtet, einen zweiten Sarkophag über dem zerstörten Tschernobylreaktor zu bauen. Langsam kommt Bewegung in dieses gigantische Projekt. Praktische Bauarbeiten gibt es noch nicht, sie sollen erst in drei bis vier Jahren beginnen. Berichten der deutschen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH zufolge wurde jedoch bereits überlegt, daß das geplante Bauwerk ein solides Fundament braucht. Dazu muß die um den zerstörten Reaktor meterhoch aufgeschüttete Sand- und Betonschicht aufgegraben und so zwangsläufig die damit zugeschüttete hochkontaminierte ursprüngliche Bodenschicht und diverse Trümmerstücke aus dem zerstörten Reaktor freigelegt werden. Die in diesem Zusammenhang zu erwartenden Strahlenschutzprobleme sind noch ungelöst. Weitere Fortschritte gibt es bei der Kostenkalkulation. Vor drei Jahren kalkulierten die G7-Staaten in ihrem „Shelter Implementation Plan (SIP)“ die Kosten noch auf